

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Kanzlei der Bürgerschaft

21.02.2011

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 14. Sitzung**

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 21. Februar 2011

Beginn : 17:00 Uhr  
Ende : 22:35 Uhr  
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesend :**

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Dr. Lüer Kühne
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Anja Reuhl
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

**Entschuldigt:**

- Norbert Braun
- Sebastian Ratjen
- Birgit Socher

**Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Jährlicher Bericht des Seniorenbeirates
6. **Große Anfrage** zur Mietentwicklung in Greifswald unter besonderer Berücksichtigung der Verantwortung der WVG mbH  
**auf Antrag der Linksfraktion**
7. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 7.1. Wahl zum Beigeordneten und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters B262-14/11  
**Oberbürgermeister**
- 7.2. Bestellung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes B263-14/11  
**Dez. I , Amt 10**
- 7.3. Weiterführung des Bauvorhabens Sanierung und Neubau Stadthaus B264-14/11  
**Dez. II , Amt 23**
- 7.4. **Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters** zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH B265-14/11  
**Dez. III**
- 7.5. Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Theater Vorpommern GmbH B266-14/11  
**interfraktioneller Antrag**
- 7.6. 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 02.11.2009 B268-14/11  
**Dez. II, Amt 60**
- 7.7. 9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2011 B269-14/11  
**Dez. II, Amt 60**
- 7.8. Kinderbeauftragte/r B270-14/11  
**Jugendhilfeausschuss**
- 7.9. Lehrmittelversorgung der Zooschule B271-14/11  
**FDP-Fraktion**
- 7.10. Straßenbenennung im B.-Plan Nr. 80 - Nördlich Grimmer Straße B272-14/11  
**Dez. III, Amt 41**
- 7.11. Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bebauungsplangebieten - Aktualisierung 2010 - B273-14/11  
**Dez. II , Amt 23**
- 7.12. Vorbereitung Doppik, Bildung der Teilhaushalte und Bildung der Produkte B274-14/11  
**Dez. I , Amt 20**
- 7.13. Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B275-14/11  
**Dez. I , Amt 20**
- 7.14. Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B276-14/11  
**Dez. I , Amt 20**
- 7.15. Entwicklungskonzept Fettenvorstadt - Rahmenplan "Ökologische Verdichtung" B277-14/11  
**Dez. II, Amt 60**
- 7.16. Verwaltungsreform B267-14/11  
**SPD-Fraktion**
- 7.17. Umbesetzung in Ausschüssen B261-14/11  
**Die Linke**
8. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
9. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
10. Mitteilungen des Präsidenten
11. Bestätigung der Niederschrift vom 10.01.2011
12. Schluss der Sitzung

## **Auf die Frage des Präsidenten, ob es Einwände gegen Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung gibt, werden keine Einwände erhoben.**

### **Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Der Präsident eröffnet die 14. Sitzung der Bürgerschaft und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zu Beginn der Sitzung sind 34 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend. Damit ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König, sein Stellvertreter, Herr Dembski sowie der kommissarische Leiter des Dezernates II, Herr Hochheim, sind anwesend.

### **Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Das erweiterte Präsidium hat sich darauf verständigt, den TOP 7.16 (Verwaltungsreform) nach TOP 7.5 (Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Theater Vorpommern GmbH) einzuordnen.

Der Präsident informiert über eine ausgereichte Tischvorlage der Linksfraktion zur Umbesetzung in Ausschüssen, die als TOP 7.17 in die Tagesordnung eingeordnet wird und er schlägt vor, sie vor TOP 7.1 zu behandeln.

#### **- kein Widerspruch**

Der Präsident stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Gegenstimme bestätigt

### **Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Herr Eckart Eich, BürgerinitiativeHafen Ladebow:

- zur Gestaltung des Wiecker Brückenhofes

Er führt an, dass er in der entsprechenden Sitzung der Ortsteilvertretung versucht habe, dieses Projekt zu verhindern. In dieser Sitzung seien Zusagen bezüglich der Firsthöhe getroffen worden. Was dort jetzt entstanden ist, sei eine Katastrophe.

- zum geänderten Projekt von Herrn Leuschner zum Ladebower Hafen  
Für die Bürgerinitiative stelle das geänderte Projekt einen Kompromiss dar und sie halte eine generelle Ablehnung nicht für sinnvoll. Zu diesem Thema soll im Ortsteil eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden.

- private Anregung zur Sanierung des Stadtgrabens

Die Schleuse hinter der Eisenbahnbrücke sollte wieder in Betrieb genommen werden und so hergerichtet und gesteuert werden, dass aus dem Stadtgraben ein fließendes Gewässer entsteht.

Herr Klaus Heiden:

Nach der angesprochenen Sitzung der OTV habe er sich für die Gestaltung des Brückenhofes interessiert. Herr Heiden hält die Ausführungen von Herrn Eich zu dem Thema für berechtigt. Er stellt sich die Frage, ob die Bürgerschaftsmitglieder

bei der damaligen Entscheidung vielleicht etwas übersehen haben. Die Firsthöhe scheine tatsächlich nicht übereinzustimmen. Vielleicht sollten beim Gebäudekomplex 2 noch einmal die Möglichkeiten geprüft werden, eventuelle Änderungen vorzunehmen.

Herr Kruse:

Als Mitglied der Ortsteilvertretung erklärt er, dass alle die Entstehung des Wiecker Brückenhofes kennen. Wie sich dieses Objekt derzeit darstellt, werde es keinen Schönheitspreis gewinnen. Man sollte die Sache aber erst beurteilen, wenn sie fertig und das gesamte Umfeld gestaltet ist. Dabei erinnert er an die seiner Zeit geführte Diskussion zu der Gestaltung auf der anderen Seite der Brücke geführt wurde. Inzwischen hat sich jeder daran gewöhnt und könne sich das gar nicht mehr anders vorstellen.

Der Präsident bittet darum, sich an den Tagesordnungspunkt zu halten. Die Mitglieder der Bürgerschaft haben für ihre Fragen einen gesonderten Tagesordnungspunkt.

#### **Zu TOP: 4      Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

Die Fraktion Die Linke hat am 15. Februar sieben schriftliche Fragen zur außerordentlichen Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH eingereicht.

Diese Fragen wurden umgehend an die drei Dezernate weitergeleitet.

Herr Dembski sagt zu, die Beantwortung so schnell wie möglich schriftlich zu übergeben. Da für die Beantwortung eine Abstimmung mit den anderen Gesellschaftern Stralsund und Rügen notwendig ist, ist eine Antwort am heutigen Sitzungstag nicht möglich. Hier handele es sich um Fragen, die die GmbH betreffen. In einer GmbH sind die Mitgesellschafter zur Verschwiegenheit verpflichtet und die Beantwortung erfordert die Abstimmung mit den anderen Mitgesellschaftern.

Herr Dr. Bartels hält diese Verfahrensweise für einen groben Verstoß gegen die Geschäftsordnung der Bürgerschaft. Hier geht es um Fragen, die sich auf ein Protokoll beziehen, worüber bereits in Teilen in der OZ berichtet wurde. Die Fraktion Die Linke hat die Fragen ordnungsgemäß eingereicht und akzeptiert nicht, dass die Beantwortung vor der Bürgerschaft versagt wird.

#### **Zu TOP: 5      Jährlicher Bericht des Seniorenbeirates**

Herr Dr. Frisch hält entsprechend der Festlegungen der Hauptsatzung den jährlichen Bericht des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Dieser Bericht liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Herr Dembski nimmt die Anregungen von Herrn Dr. Frisch auf und sagt zu, Kontakt mit der Universität bezüglich eines gemeinsamen Pflegestützpunktes aufzunehmen.

#### **Zu TOP: 6      Große Anfrage zur Mietentwicklung in Greifswald unter besonderer Berücksichtigung der Verantwortung der WVG mbH auf Antrag der Linksfraktion**

Die Beantwortung der Großen Anfrage erfolgt durch den Oberbürgermeister.

Die schriftlichen Ausführungen liegen den Fraktionen und der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor. Ein Großteil der Ausführungen ist auf der Homepage der Stadt und auch der WVG mbH sowie im Band 3 des Haushaltsplanes 2011 zu finden.

Im Anschluss an die Beantwortung der Großen Anfrage durch den Oberbürgermeister sprechen die einzelnen Fraktionen der Bürgerschaft.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Bittner.

Er stellt fest, dass es offenbar in Greifswald überhaupt keine Probleme gibt. Er hätte sich ein wenig Selbstkritik gewünscht. Ein Problem sieht seine Fraktion in der Problematik „Gewinnabführung und Eigenkapitalverzinsung“.

Seine Fraktion sieht die Mietpreisentwicklung in Greifswald nicht so unbedenklich wie der Oberbürgermeister es dargestellt hat.

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Schmidt.

Er stellt fest, dass die WVG mbH ein Wirtschaftsunternehmen ist, das auch Gewinne erwirtschaften soll, die sich in sozialen Rahmen bewegen sollen.

Die Mieten sollten sich aber nicht am Gewinn orientieren und sich nicht an der Obergrenze des Mietspiegels ansiedeln.

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Hoebel.

Er hebt hervor, dass mit der Beantwortung der Großen Anfrage eindrucksvolle Zahlen vorgelegt wurden. 77% der bundesdeutschen Durchschnittsmiete stellt auch keine Mietpreistreiberei dar. Lediglich 3,6 % der Wohnungen liegen im höheren Mietsegment und das betrifft die Wohnungen, die nach 1990 gebaut wurden und vor allem durch Private. Sanierungen haben nun mal zur Folge, dass die Mieten steigen. Innerhalb des Mietspiegels gibt es Spannen. Jede Mieterhöhung durch den Vermieter muss begründet werden.

Für die Fraktion der Bürgerliste spricht Herr Spring.

Die Bürgerschaft hat beschlossen, die Eigenkapitalverzinsung über den kommunalen Haushalt abzuführen. Dabei erinnert Herr Spring an die vor zwei Jahren geplante Anteilsveräußerung an der WVG mbH. Heute kann man froh darüber sein, diese Eigenkapitalverzinsung nicht mit anderen Investoren teilen zu müssen.

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Hochschild.

Herr Hochschild ist dankbar für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage der Linksfraktion. Die WVG mbH stellt sich als starkes wirtschaftliches Unternehmen dar. Es wird straff geführt und ist trotzdem mieterfreundlich und wird seiner sozialen Aufgabe in unserer Stadt gerecht.

Das Schlusswort für die Fraktion Die Linke spricht Herr Multhauf.

Er bringt zum Ausdruck, dass er sich in DDR-Zeiten zurückversetzt gefühlt hat, weil es eigentlich keine Probleme gibt. Er äußert seinen Eindruck, dass der Oberbürgermeister in einer anderen Welt lebe.

Die Realität sei die, dass es im letzten Jahr 739 Mieterhöhungen gegeben habe, darunter auch Wohnungen, in denen seit 20 Jahren nach Aussage der Mieter nichts gemacht worden sei.

Herr Multhauf kennt Statistiken, wonach Greifswald im Osten an dritter Stelle der Höhe der Mieten liegt. Lediglich Jena und Rostock seinen höher.

Herr Multhauf richtet einen Appell an alle Anwesenden, sich alle zusammen für gerechtere Mieten einzusetzen.

**Zu TOP: 7      Diskussion von Beschlussvorlagen**

**Zu TOP: 7.17    Umbesetzung in Ausschüssen**  
B261-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt folgende Umbesetzungen in Fachausschüssen.

Ausschuss für Bauwesen und Umwelt

Frau Dr. Mignon Schwenke scheidet als Mitglied aus,  
Frau Ursula Behrendt wird neues Mitglied.

Frau Ursula Behrendt scheidet als Vertreterin aus,  
Herrn Marian Kummerow wird neuer Vertreter.

Ausschuss für Soziales, Behinderte, Senioren und Wohnen

Herr Marian Kummerow scheidet als Vertreter aus,  
Frau Ursula Behrendt wird neue Vertreterin.

Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur

Frau Alexa Worm und Herr Marian Kummerow scheiden als Vertreter aus,  
Frau Ursula Behrendt und Frau Edda Krille werden neue Vertreter.

**Abstimmungsergebnis:**      einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 7.1    Wahl zum Beigeordneten und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters**  
B262-14/11

Der Präsident bittet darum, dass sich die beiden zur Wahl stehenden Kandidaten, Herr Oliver Graumann und Herr Jörg Hochheim kurz den Mitgliedern der Bürgerschaft und den anwesenden Bürgern vorstellen.

Für die geheime Wahl wird eine Wahlkommission gebildet:

CDU-Fraktion            Herr Jürgen Liedtke  
SPD-Fraktion            Herr Christian Pegel  
Fraktion Die Linke      Frau Edda Krille.

Für die Wahl werden folgende hellblaue Stimmzettel benutzt:

<b>Bürgerschaft 21.02.2011</b>	
<b>TOP 7.1.</b>	
<b>„Wahl zum Beigeordneten und</b>	
<b>1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters“</b>	
<b>Herr Jörg Hochheim</b>	<input type="radio"/>
<b>Herr Oliver Graumann</b>	<input type="radio"/>

Ein Kreuz hinter den jeweiligen Kandidaten bedeutet eine Ja-Stimme.  
Nicht gekennzeichnete Stimmzettel bedeuten eine ungültige Stimme.  
Die Mitglieder werden in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine aufgerufen.

**Abstimmungsergebnis:** 40 anwesende Mitglieder der Bürgerschaft  
40 abgegebene Stimmen  
36 gültige Stimmen  
4 ungültige Stimmen  
**für Herrn Jörg Hochheim** **26 Ja-Stimmen**  
für Herrn Oliver Graumann 10 Ja-Stimmen

Damit wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

**Herrn Jörg Hochheim im ersten Wahlgang**

zum Beigeordneten und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Herr Hochheim nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen.

**Pause von 19:30 Uhr bis 19:55 Uhr**

Herr Liskow hebt hervor, dass Herr Graumann ein ehrenwerter Kandidat und Gegner war. Herr Liskow spricht öffentlich den Dank für seine Kandidatur aus.

**Zu TOP: 7.2 Bestellung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes**  
B263-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß § 2 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (KPG M-V)

**Herrn Stadtverwaltungsoberrat**  
**Gero Maas**  
**geboren am 01.06.1974**

zum Leiter des Rechnungsprüfungsamtes.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 7.3 Weiterführung des Bauvorhabens Sanierung und Neubau Stadthaus**  
B264-14/11

Herr Hochheim bringt anhand einer Präsentation die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt Herr Dr. Fassbinder folgenden Änderungsantrag ein: Dabei entschuldigt er sich für die unkorrekte Formulierung im ausgereichten Papier unter Punkt 6.

**Folgende Punkte der Beschlussvorlage werden gestrichen bzw. geändert:**

Punkt 4 der Vorlage wird komplett gestrichen.

Punkt 6 wird folgendermaßen geändert: **„sind alle Regressmöglichkeiten zu prüfen und ggf. durchzusetzen“** und **„alle Möglichkeiten ausgeschöpft, alle finanziellen Forderungen abzuwenden oder ggf. zu minimieren.“**

Punkt 7 wird folgendermaßen geändert: Es wird im zweiten Satz ergänzt: ...der Bauausschuss **„und der Finanzausschuss“**.

Folgende Passage wird ergänzt: **„Diese Information erfolgt anhand eines einheitlichen, formalisierten Berichtwesens. Das Berichtswesen muss jederzeit die Terminkontrolle und Kostenverfolgung über alle Projektphasen ermöglichen und Überschreitungen deutlich signalisieren. Die genaue Ausgestaltung des Berichtwesens soll in der nächsten Finanzausschusssitzung erfolgen.“**

Es wird ein Punkt 8 ergänzt: **8. Es wird spätestens zur nächsten Finanzausschuss-Sitzung ein einzelner Verwaltungsmitarbeiter/ eine -mitarbeiterin benannt, die für das Projekt verantwortlich ist. Er/ Sie ist Ansprechpartner/-in für alle Beteiligten und Betroffenen. Er ist gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie allen Gremien der Bürgerschaft in allen Fragen das Projekt betreffend auskunftsfähig. Er/ Sie ist zuständig für die Berichterstattung (Punkt 7).“**

Es wird ein Punkt 9 ergänzt: **9. Die BauBeCon wird in keiner Form am weiteren Projekt beteiligt.**

Herr Hochheim erklärt sich für die Verwaltung mit den vorgeschlagenen Änderungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einverstanden, gibt aber zu bedenken, dass die Formulierung im Punkt 9. so nicht umsetzbar ist, da die Stadt vertraglich an den Sanierungsträger gebunden ist.

Im Rahmen der Diskussion erweitert Herr Dr. Bittner auf Anregung von Herrn Hochheim den Punkt 9. durch die Formulierung **„bei der Bauausführung“**.

Für die CDU-Fraktion gibt Herr Kruse die Stellungnahme ab. Unter anderem stellt er fest, dass auch unter Mitwirkung des Begleitausschusses „Technisches Rathaus“ eine Kostensteigerung auf das jetzige Maß nicht zu verhindern gewesen sei. Wichtig sei, heute zu einer Abstimmung zu kommen, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden. Festzustellen sei, legt Herr Kruse dar, dass die Zentralisierung der Verwaltung in der ehemaligen Post der richtige Weg gewesen sei.

Für die Linksfraktion erläutert Herr Dr. Kasbohm anhand einer Präsentation die Stellungnahme. Diese Präsentation liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Herr Dr. Kerath weist für die SPD-Fraktion darauf hin, dass die in der Beschlussvorlage genannten Zahlen nicht die ganze Wahrheit sei, sondern die Gesamtkosten noch wesentlich höher ausfallen werden. Die Rede ist von mindestens 15,5 EURO, die die Sanierung insgesamt kosten wird.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass es richtig sei, dieses Technische Rathaus zu Ende zu bauen, schon alleine, weil die Serviceleistungen der Stadtverwaltung bürgerfreundlich an einem Ort konzentriert werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Bittner. Seine Fraktion ist der Meinung, dass es weitere Mehrkosten geben werde, so dass man am Ende bei ca. 16,5 Mio. EURO liegen wird. Im Rahmen seiner Ausführungen weist er

darauf hin, dass jede Steigerung ohne weitere Unterstützung aus dem Haushalt der Stadt gezahlt werden muss. Herr Dr. Bittner erinnert, dass seine Fraktion seit 2006, 2007 und 2008 vor dieser Situation gewarnt hat. Es gab diverse Anfragen und Anträge.

Herr Hoebel bringt für die FDP-Fraktion zum Ausdruck, dass seine Fraktion dem Stadthaus eigentlich nie positiv gegenüber eingestellt war. Das Resümee ist die Verbesserung des Controllings innerhalb der Stadtverwaltung gegenüber Dritten bzw. Beteiligten. Als verantwortlichen Verwaltungsmitarbeiter würde seine Fraktion Herrn Hochheim präferieren.

Herr Multhauf meldet sich im Rahmen der Diskussion. Ohne jemanden übertrumpfen zu wollen, prophezeit er eine Kostenentwicklung von anfangs 6 Mio. EURO auf das Dreifache. Er äußert seinen Eindruck, dass zu jedem Zeitpunkt die Verwaltung (in der Person von Herrn Arenskrieger und Herrn Dr. König) das Stadthaus wollte, egal was es kostet. Das sei die Hauptursache dafür, dass dieses Projekt so ausgefertigt sei.

Herr Multhauf bezweifelt, schon allein wegen der Kreisgebietsreform, dass die Verwaltung im neuen Stadthaus 242 Arbeitsplätze benötigt. Er bestreitet alle Vorzüge, die das zentrale Verwaltungsgebäude bringt.

Als Mitglied des Untersuchungsausschusses beantragt Herr Multhauf, einen zusätzlichen Punkt aufzunehmen, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, mindestens in jeder Bürgerschaftssitzung über den Stand der Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zu berichten.

Der Präsident fasst zusammen, dass die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Verwaltung übernommen werden.

Damit lässt er über den Änderungsantrag von Herrn Multhauf abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss zur Weiterführung des Bauvorhabens Sanierung und Neubau des Stadthauses abstimmen:

1. Das Bauvorhaben Sanierung und Neubau Alte Post mit allen 3 Anbauten soll auf der Grundlage der durch das Büro IPRO Dresden überarbeiteten Planung mit einem Kostenvolumen von 12.018.200 EUR fortgeführt werden. Die Fassadengestaltung an der Rakower Straße ist entsprechend den Empfehlungen des Baubegleitausschusses vorzunehmen. Hieraus entstehende Mehrkosten erhöhen den vorgenannten Kostenrahmen.
2. Sollte bis zum 31.03.2011 der Grunderwerb für den Anbau III nicht gesichert sein, erfolgt die Sanierung und der Neubau mit nur 2 Anbauten mit einem Kostenvolumen von ca. 11,2 Mio. EUR.
3. Der Raumbegleitungsplanung mit einer Gesamtzahl von 238 Mitarbeitern und 5 Beratungsräumen wird zugestimmt. Bei Entfall des Anbau III reduziert sich die Anzahl der Mitarbeiterplätze auf 215.
4. Das Bauvorhaben darf erst weitergeführt werden, wenn der Haushalt 2011 durch das Innenministerium genehmigt ist.
5. Bezüglich der verlorenen Aufwendungen sind alle Regressmöglichkeiten zu prüfen und ggf. durchzusetzen und alle finanziellen Forderungen abzuwen-

den oder ggf. zu minimieren.

6. Der von der Bürgerschaft eingesetzte Begleitausschuss Technisches Rathaus beendet seine Arbeit. An seiner Stelle ist künftig der Bauausschuss und der Finanzausschuss regelmäßig über den Baufortschritt und die Kostenentwicklung zu unterrichten.  
Diese Information erfolgt anhand eines einheitlichen, formalisierten Berichtwesens. Das Berichtswesen muss jederzeit die Terminkontrolle und Kostenverfolgung über alle Projektphasen ermöglichen und Überschreitungen deutlich signalisieren. Die genaue Ausgestaltung des Berichtwesens soll in der nächsten Finanzausschusssitzung erfolgen.
7. Es wird spätestens zur nächsten Finanzausschuss-Sitzung ein einzelner Verwaltungsmitarbeiter/ eine -mitarbeiterin benannt, die für das Projekt verantwortlich ist. Er/ Sie ist Ansprechpartner/-in für alle Beteiligten und Betroffenen. Er ist gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie allen Gremien der Bürgerschaft in allen Fragen das Projekt betreffend auskunftsfähig. Er/ Sie ist zuständig für die Berichterstattung (Punkt 6).
8. Die BauBeCon wird bei der Bauausführung in keiner Form am weiteren Projekt beteiligt.

**Abstimmungsergebnis:** bei 32 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 7.4 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH B265-14/11**

Herr Dr. Steffens und Herr Cymek nehmen weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Dembski bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Ausdrücklich erklärt er, dass es mit diesem Beschluss nicht um die Zukunft des Theaters gehe. Dazu ist für den kommenden Sitzungszyklus eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet.

Herr Dembski bittet dringend um Zustimmung zu diesem Beschluss, damit es mit dem Theater vorwärts geht. Eine Ablehnung würde bedeuten, dass die finanzielle Krise der Theaters Vorpommern GmbH verschärft wird.

Herr Multhauf teilt zu diesem Thema mit, dass Stralsund bereits am 13 Januar in nichtöffentlicher Sitzung über diese Angelegenheit beraten habe.

Im Rahmen seiner Wortmeldung weist er darauf hin, dass alle genannten Zahlen „auf Sand gebaut sind“. Herr Multhauf warnt, dass diese Beschlussfassung der erste Schritt sei, das Vier-Sparten-Theater zu hintergehen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt das Vorgehen und die Beschlussfassung. Auf eine Anfrage von Herrn Dr. Bittner nach dem Vertrag erklärt Herr Dembski, nach Rücksprache mit Frau Dr. Rothe, dass der Vertrag nichtöffentlich zu behandeln ist und bei der Beteiligungsverwaltung zur Einsichtnahme vorliegt.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hochschild, dass seine Fraktion die Beschlussfassung unterstützt.

Herr Prof. Joecks bringt zum Ausdruck, dass auch die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen wird.

Da keine Anträge zur Beschlussvorlage gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters, mit der er die erforderlichen Beschlüsse zur Gründung und Beteiligung der Theater Vorpommern GmbH an der Theatermanagement Vorpommern UG (haftungsbeschränkt) gemeinsam mit der Vorpommerschen Landesbühne Anklam GmbH in der Gesellschafterversammlung der Theater Vorpommern GmbH gefasst hat.

**Abstimmungsergebnis:** bei 33 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 7.5    Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zur Theater Vorpommern GmbH  
B266-14/11**

Die Einbringung der Beschlussvorlage der CDU-, SPD- und der Linksfraktion erfolgt durch Herrn Hochschild.

Für die Linksfraktion erklärt Herr Multhauf, dass seine Fraktion diesem Beschluss zustimmen wird. Im Rahmen seiner Ausführungen weist er auf Probleme wie Haushaltsvorgriff hin. Er bittet um eine Aufstellung, wie das Theater gegenwärtig mit Geldern umgeht. Außerdem sagt Herr Multhauf voraus, dass die Kündigungen von Herrn Nekovar und wahrscheinlich auch Herrn Dr. Ickrath für die Stadt eine teure Angelegenheit werden wird.

Für die FDP-Fraktion gibt Herr Hoebel bekannt, dass seine Fraktion keine Blankozustimmung erteilen will.

Herr Dr. Meyer teilt für die Bürgerliste mit, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmt.

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss in ungeänderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister als deren Gesellschaftervertreter in der Theater Vorpommern GmbH mit den weiteren Gesellschaftern, der Hansestadt Stralsund und dem Landkreis Rügen, in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, erneut eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen, in welcher die Zuschüsse der drei Gesellschafter an die Theater Vorpommern GmbH bis zum Jahr 2014 zumindest auf dem Stand der Zuschüsse im Jahr 2011 festgeschrieben werden. Dies sind für die beiden Hansestädte jeweils 3.080.000,00 Euro und für den Landkreis Rügen 308.000,00 Euro p.a.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Her Hochschild beantragt für die CDU-Fraktion eine Auszeit.

**Auszeit von 21:05 Uhr bis 21:20 Uhr**

**Zu TOP: 7.16 Verwaltungsreform**  
B267-14/11

Herr Prof. Joecks nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Für die SPD-Fraktion bringt Herr Pegel eine überarbeitete Beschlussvorlage ein, die allen Bürgerschaftsmitgliedern vorliegt. Im Rahmen der Begründung erläutert Herr Pegel, dass seine Fraktion den Punkt 3. aus der Beschlussvorlage zurückzieht.

Bezüglich Punkt 2. kann der Oberbürgermeister die Auffassung von Herrn Pegel nicht teilen. Er erklärt, dass es ab dem 5. September, wenn die Aufgabe auf den neuen Landkreis übergehen soll, Überleitungsverträge für Mitarbeiter der GEG und des Rettungsdienstes geben soll. Das wird im Begleitausschuss und im überregionalen Begleitausschuss zur Kreisgebietsreform thematisiert.

Herr Dr. König macht deutlich, dass nicht dem Interimslandrat ab 05.09.2011 die Entscheidung überlassen werden soll. Dieser ist dann für das Funktionieren im Greifswalder Gebiet zuständig.

Die erste Aufgabe, die jetzt ansteht, ist, dass die Verwaltungsleistung, egal welche Institutionen, durch Überleitungsverträge im Vorfeld geregelt werden. Sie sollen dann bis 31.12.2011 gelten. Danach können Überlegungen angestellt werden, welche Aufgabe zurückgeholt werden könnte und was sinnvoll ist, in Eigenregie erledigt zu werden. Im Begleitausschuss werden bereits Überlegungen angestellt.

Die Stellungnahme der Linksfraktion erfolgt durch Herrn Dr. Kasbohm.

Auf Nachfrage von Herrn Spring erläutert der Oberbürgermeister, dass die ange-dachten Überleitungsverträge der Zustimmung der politischen Gremien bedarf.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Fassbinder und er teilt mit, dass seine Fraktion die Beschlussvorlage ausdrücklich begrüßt.

Aufgrund mehrfacher Anregungen der Bürgerschaftsmitglieder schlägt der Ober-bürgermeister vor, sich unter anderem auch die Protokolle des Kooperationssta-bes anzusehen.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Hoebel, über die beiden Punkte des Beschlusstextes einzeln abzustimmen.

Herr Dr. Kerath warnt davor, dass allerhöchste Zeit ist, etwas zu entscheiden. Das Kultusministerium hat sich auch eingemischt und festgelegt, dass bezüglich der Schulträgerschaft bis zum 31.03.2011 entsprechende Anträge zu stellen sind.

Herr Dr. Bartels bezweifelt die Rechtsgrundlage, aufgrund dessen das Kultusmi-nisterium einfach festlegen kann, dass die Anträge bis zum 31.03.2011 zu stellen sind.

Nach einigen weiteren Wortmeldungen, Fragen und Bemerkungen innerhalb der Diskussion beantragt Herr Multhauf, den Punkt 1. der Beschlussvorlage zu er-gänzen „bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung“.

Unter 2. schlägt er vor, statt der Formulierung „zu schließen“ sondern „anzustre-ben“ zu wählen.

Der Präsident lässt über diesen Antrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** unter Punkt 1. aufnehmen  
„bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung“  
bei 7 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Frau Reuhl fordert, auch die Gegenstimmen auszuzählen.

**Abstimmungsergebnis:** 13 Gegenstimmen

**Abstimmungsergebnis:** unter Punkt 2. statt „zu schließen“ „anzustreben“  
bei 5 Ja-Stimmen, 11 Gegenstimmen und  
einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt der Präsident über folgenden Punkt einzeln abstimmen:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister die rechtlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen zu prüfen und darzustellen, die sich aus einer weiteren Ausübung der nachfolgend aufgezählten Aufgaben statt in dem neuen Landkreis in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ergeben:

1. Beibehaltung der Tätigkeit als örtlicher Träger der Jugendhilfe
2. Beibehaltung der Schulträgerschaft für die Gymnasien und die Gesamtschule
3. Beibehaltung der Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr
4. Beibehaltung der Zuständigkeit für die Abfallwirtschaft
5. Durchführung von kreislichen Aufgaben mit Bürgerkontakt für den neuen Landkreis in dem Gebiet der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und des Amtes Landhagen

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, zeitnah eine Vereinbarung mit den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow sowie Demmin zu schließen, die eine Übernahme der Verträge, die die Universitäts- und Hansestadt Greifswald mit Dritten für die Gewährleistung des öffentlichen Rettungsdienstes sowie der öffentlichen Abfallentsorgung geschlossen hat, durch den neuen Landkreis Südvorpommern vorsieht.

**Abstimmungsergebnis:** bei 19 Ja-Stimmen, 7 Gegenstimmen und  
einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Meyer, die Sitzung abubrechen und Fortsetzung am nächsten Tag um 18:00 Uhr.

Herr Liskow lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen, die Sitzung zu unterbrechen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 14 Ja-Stimmen, 22 Gegenstimmen und  
1 Stimmenthaltung abgelehnt

**Um 22:00 Uhr übernimmt der Vizepräsident Herr Prof. Joecks die weitere Leitung der Sitzung.**

**Zu TOP: 7.6 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 02.11.2009**  
B268-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorgelegte 1. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 02.11.2009.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen beschlossen

**Zu TOP: 7.7 9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2011**  
B269-14/11

Herr Heiden lehnt diese Beschlussvorlage ab und bemerkt, dass nicht nachvollziehbar sei, wie sich der angefallene Grünschnitt und die Erlöse der GEG in der beigefügten Kostenkalkulation niederschlagen.

Daraufhin versucht Herr Hochheim, die entsprechenden Zahlen zu erläutern und verweist auf die der Beschlussvorlage beigefügten Anlagen.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die vorgelegte 9. Änderungssatzung der Abfallgebührensatzung vom 23.12.1999 zur Erhebung von Abfallgebühren für das Jahr 2011.

**Abstimmungsergebnis:** bei 21 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 7.8 Kinderbeauftragte/r**  
B270-14/11

Herr Spring bringt die Beschlussvorlage ein und weist darauf hin, dass infolge dieser Beschlussfassung die Änderung der Hauptsatzung erforderlich ist.

Herr Multhaus weist darauf hin, dass der Satz bezüglich der Wahlperiode genauer formuliert werden muss und schlägt deshalb „der Wahlperiode“ vor.

**- kein Widerspruch**

Daraufhin lässt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, eine/n ehrenamtlich tätige/n Kinderbeauftragte/n zu bestellen.

In der Universitäts- und Hansestadt Greifswald tätige Träger der freien Jugendhilfe können in der Jugendhilfe erfahrene Personen für diese ehrenamtliche Funktion vorschlagen. Die benannten Personen müssen das 18. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz, Dienstort oder Arbeitsort in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald haben.

Die Wahl erfolgt in der Bürgerschaft für die Dauer der Wahlperiode.

Die Familienbeauftragte fungiert als Ansprechpartnerin in der Verwaltung für die/den ehrenamtliche/n Kinderbeauftragte/n und unterstützt sie/ihn in ihrer/seiner Tätigkeit.

Für das Ehrenamt erhält die/der Kinderbeauftragten eine pauschalierte Aufwandsentschädigung in Höhe von mtl. 150 €. Insgesamt 500 € jährlich werden für die inhaltliche Arbeit bereit gestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 7.9 Lehrmittelversorgung der Zooschule**  
B271-14/11

Herr Dr. Kühne nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage der FDP-Fraktion erfolgt durch Frau Leddin.

Da keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gestellt werden, lässt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, dafür Sorge zu tragen, dass

1. dass die Zoo-Schule Greifswald mit Lehrmitteln versorgt wird.  
Die Realisierung kann durch vorhandene überschüssige Bestände an Schulen begonnen werden und ist sukzessive fortzusetzen, so dass bis zum Schuljahr 2011/12 die komplette Versorgung abgeschlossen ist.
2. zukünftig Mittel für die Zooschule in den Haushalt eingestellt werden

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 7.10 Straßenbenennung im B.-Plan Nr. 80 - Nördlich Grimmer Straße**  
B272-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die neue Straße im Bebauungsplan Nr. 80 Nördlich Grimmer Straße wird „Aalbruch“ benannt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 7.11 Festpreisregelung für gewerblich genutzte städtische Grundstücke in Bebauungsplangebieten - Aktualisierung 2010 -**  
B273-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die unbebauten, erschlossenen städtischen Gewerbe- und Industriegrundstücke werden grundsätzlich zu **mindestens** den jeweils geltenden Bodenrichtwerten (Festpreisen) **erschließungsbeitragsfrei** an Investoren ab den 01.01.2011 veräußert.  
Eventuelle Veräußerungen zu geringeren Preisen bedürfen eines gesonderten

Beschlusses.

2. Die Festpreise sollen dauerhaft gelten.

3. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ermächtigt die Verwaltung, zu den jeweils geltenden Bodenrichtwerten, Grundstücksveräußerungen mit entsprechender Bauverpflichtung vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 5 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 7.12 Vorbereitung Doppik, Bildung der Teilhaushalte und Bildung der Produkte**  
B274-14/11

Herr Multhaus bemerkt, dass die Doppik eine umstrittene Angelegenheit sei. Mit der Einführung der Doppik wird es größere Unsicherheiten geben.

Herr Prof. Joecks erinnert daran, dass der Gesetzgeber die Einführung der Doppik vorgegeben hat.

Da es keine Änderungsanträge gibt, lässt er über folgenden Beschluss abstimmen:

In Vorbereitung der Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens trifft die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt folgende Festlegungen zur Struktur des doppelhaushaltlichen Haushaltsplanes:

1. Es werden 12 Teilhaushalte gemäß Anlage 1 gebildet.
2. Es werden Produkte gemäß Anlage 2 gebildet.
3. Die Produkte werden gemäß Anlage 3 den Teilhaushalten zugeordnet.
4. Für den Fall, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Abweichungen zu Nr. 1 bis 3 aus rechtlichen Gründen notwendig werden oder aus anderen Gründen sinnvoll erscheinen, ist mit Vorlage des Haushaltsplanes auf diese Abweichungen besonders hinzuweisen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 7.13 Neuausrichtung des Tourismus - Stadtmarketingaktivitäten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
B275-14/11

Für Herrn Dr. Fassbinder ist äußerst wichtig, dass bei der Vertragsgestaltung der Bürgerschaft Mitspracherecht eingeräumt wird.

Herr Prof. Joecks lässt über folgenden Beschluss in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, die Voraussetzungen für die Gründung einer Tourismus- und Stadtmarketing GmbH in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu schaffen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 7.14 Errichtung eines Plasmatechnikums als Forschungs-, Dienstleistungs- und Gründerzentrum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
B276-14/11

Herr Dr. Meyer erinnert daran, dass nach wie vor kein Parkraumbewirtschaftungskonzept vorliegt. In der vorgestellten Realisierungsform würden erhebliche Belastungen für die Wohngebiete auftreten.

Herr Dr. Bartels hält dieses Thema für einen sehr guten Ansatz. Er hofft ausdrücklich, dass die vorgestellte Bauweise nicht realisiert wird.

Im Rahmen der Diskussion unterstützt Herr Dr. Kerath die Anregung von Herrn Dr. Meyer, dass die Stadt mit der GPG und dem Klinikum ausreichend Parkmöglichkeiten schafft.

Daraufhin erklärt der Oberbürgermeister, dass bereits Verhandlungen der GPG mit dem Klinikum laufen, vor dem Klinikum ein Parkhaus zu errichten.

Herr Prof. Joecks lässt über folgenden ungeänderten Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, den Empfehlungen der Machbarkeitsstudie (Kurzfassung in der Anlage) für die Errichtung eines Forschungs-, Dienstleistungs-, und Gründerzentrums „Plasmatechnikum“ sowie der Machbarkeitsstudie „Erweiterung Bio-Technikum Greifswald“ im Grundsatz zu folgen und die Einrichtung eines solchen Zentrums durch folgende Schritte vorzubereiten:

1. Für die Realisierung des Konzeptes sind entsprechende Fördermittelanträge zu stellen.
2. Zur Vorbereitung der Antragstellung sind die notwendigen Planungen im Rahmen der im Haushaltsplan 2011 bereitstehenden Mittel zu veranlassen.
3. Die baulichen Planungen zum Plasmatechnikum und zur Erweiterung des BioTechnikums sind zu einem Projekt zusammenzuführen. Ein Detailkonzept für den Dienstleistungsbereich des Plasmatechnikums ist unter Einbeziehung weiterer relevanter Einrichtungen zu erarbeiten. Dabei ist die bewährte inhaltliche Ausrichtung des BioTechnikums mit zu berücksichtigen.
4. In Vorbereitung des erforderlichen Grundstückserwerbs sind Verhandlungen aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Dr. Bittner beantragt entsprechend Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 7.15 von der Tagesordnung zu nehmen und auf der nächsten Sitzung mitzubehandeln, weil ihm wichtig ist, dass der Bürgerschaft dieses Konzept vorgestellt wird.

Herr Prof. Hardtke spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag, weil der Vorlage in allen Gremien zugestimmt wurde.

Herr Prof. Joecks lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** bei einigen Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt

**Zu TOP: 7.15 Entwicklungskonzept Fettenvorstadt - Rahmenplan "Ökologische Verdichtung"**  
B277-14/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Rahmenplan zum Entwicklungskonzept Fettenvorstadt (Anlage 1) als städtebauliche Leitlinie für die weitere Entwicklung des Stadtteils Fettenvorstadt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Dr. Steffens beantragt entsprechend Geschäftsordnung, die Sitzung abzubrechen und die restlichen Tagesordnungspunkte auf der nächsten Sitzung mitzubehandeln.

Herr Dr. Meyer schlägt vor, die vorbereiteten Mitteilungen zu Protokoll zu geben.

Herr Prof. Joecks lässt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 8 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

- werden dem Protokoll als Anlage beigefügt

**Zu TOP: 12 Schluss der Sitzung 22:35 Uhr**

für das Protokoll

Egbert Liskow  
Präsident

Schult  
Sachbearbeiterin

**Anlagen:**

- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- wichtige Termine/Ereignisse
- Informationen aus dem Dezernat II zum Stadthaus und zur Feuerwehr
- Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen Januar 2011